

Deutschland.

Berlin, 15. Oktober. Sr. Majestät der König empfing am Sonntag in Baden-Baden den aus Paris mit Depeschen eingetroffenen Botschaftsrath Grafen Solms. Letzterer traf heute Morgen hier in Berlin ein und begab sich Vormittags ins auswärtige Amt; eben so der diesseitige Gesandte in Dresden, Herr Eichmann, welcher heute Abend nach Paris reist. Legations-Rath Abeken, welcher nach Baden gerufen, ist dorthin bereits abgereist.

Berlin, 15. Oktober. J. Maj. die Königin-Wittve und die hier anwesenden Mitglieder des Hohen Königshaus besingen das Gedächtniß des heutigen Geburtstages des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. durch einen Besuch der Friedenskirche zu Potsdam und der darin befindlichen Ruhestätte der verewigten Majestät. Den übrigen Theil des Tages brachten die Höchsten Herrschaften in stiller Zurückgezogenheit zu. — Auf den prinzipialen Valais waren die Fahnen zur Hälfte aufgezogen.

Die „Berl. Montagsztg.“ sagt, es sei wahrscheinlich, daß, abgesehen von der Ergänzung des Herrenhauses, dem nächsten Landtage auch ein Gesetzentwurf über die Umgestaltung desselben vorgelegt werden sollte. Diese Nachricht ist ganz falsch und in die- sigen maßgebenden Kreisen Nichts von solcher Absicht bekannt. Eine Ergänzung aus den neuen Landestheilen steht allerdings in Aus- sichts, eine Ergänzung, welche alle Kategorien des Herrenhauses be- treffen würde, wie die „Prov.-Corresp.“ dies auch schon gesagt hat. Wenn also wirklich eine Abänderung der legislativen Formen die- ses Hauses bevorsteht, so könnte dies doch nur eine neue Modi- fikation der Verordnung in Betreff des alten und befestigten Grund- besitzes sein, welchen die Legislative für abgeschlossen erklärt hatte. Eine Abänderung dieser Verordnung wird allerdings durch die Rück- sichtnahme auf die neuen Landestheile empfohlen.

Die alten Jenefer wollten am 18. Oktober in der Wart- burg das 50jährige Burschenschaftsjubiläum feiern. Jetzt meldet man aus Thüringen, daß für das Fest die Benutzung der Wart- burg aus „Rücksicht auf die jüngst ausgeführten Neubauten und dadurch beschränkten Räumlichkeiten“ nicht gestattet worden ist, und daß deshalb das Fest außerhalb der eigentlichen Burg gefeiert werden wird.

Das Comité zur Berufung einer Versammlung der Land- wirthe des norddeutschen Bundes behufs Besprechung ihrer gewerb- lichen Interessen, bestehend aus fünfzig der angesehensten Landwirthe Norddeutschlands, tritt am Montag, den 21. Oktober, Morgens 10 Uhr, im Lokale des Klubs der Landwirthe zu Berlin, Hotel de Rome, zusammen.

Unter Berücksichtigung der Bestandtheile der übrigen Waf- sen, wird noch eine weitere entsprechende Vermehrung der Kavale- rie des norddeutschen Bundesherres in Aussicht genommen. Der gegenwärtige Linienbestand von 19 Dragoner-, 17 Husaren- und 18 Ulanen-Regimentern, soll auf je 20 Regimenter erhöht werden. Mit Einschluß der Garde-, sowie der Kürassier-Regimenter, wird obige Waffe für den Friedensfuß somit zukünftig aus 410 Eskad- rons bestehen, mit einem 58,384 starken Mannschaftsbestande.

Die 1000pfündige Niesengußstahlkanone auf der Pariser Weltausstellung, bekanntlich von dem Verfertiger, Kommerzienrath Krupp in Essen, dem Könige zum Geschenke gemacht, wird Ende dieses Monats ihrem vorläufigen Bestimmungsorte Kiel zugeführt, um von dort aus späterhin eine Verwendungs als Küstenverteidi- gungsgeschütz zu erhalten. Der Transport wird per Wasserweg stattfinden.

Aus Hannover wird der „S. L. Z.“ unter dem 12. d. M. geschrieben: In einer im Laufe dieser Woche abgehaltenen Versammlung von Vertretern der verschiedenen sogenannten parti- kularistischen Parteien wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, sich an den bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus nicht zu betheiligen. Diesem Beschlusse haben auch die mitanwe- sende dem Adel des Landes angehörigen Mitglieder zugestimmt.

Den hannoverschen Flüchtlingen in der Schweiz dürften sich, wie der „S. L. Z.“ aus Bern geschrieben wird, bald Schwierig- keiten für ihren dortigen Aufenthalt entgegenstellen. In dem Kan- ton Zürich, wo sich 39 derselben aufhalten, ist ihnen bereits die Notifikation seitens der Polizei-Behörde zugegangen, daß sie nur bis zum 31. Dezember unter den bisherigen Bedingungen ver- weilen dürfen. Vom 1. Januar 1868 ab wird ihnen der Auf- enthalt nur gegen Hinterlegung von Ausweisungsschreiben oder Leistung der gesetzlichen Kaution gestattet werden.

In einem Artikel zur Vorgesichte des hohenlohschen Programms, worin berichtet wird, daß schon während der luxem- burger Frage Graf Tauffkirchen ein ähnliches Programm in Wien und Berlin vorlegte, bringt die „A. A. Z.“ noch einige bemerkens- werthe Eröffnungen über die weitere Entwicklung der luxembur- ger Frage:

Graf Bismarck ließ Luxemburg räumen, weil er, ungewiß und besorgt über die Entschliessungen Oesterreichs im Fall des Kon- flikts, zuletzt auch ernstlich zweifeln mußte, ob er in diesem Fall auf Ausstand rechnen könne. Dies ist das eine Moment. Ueber ein zweites, welches wenigstens sekundär mitgewirkt haben mag, sehen wir weniger klar. Graf Bismarck ließ rechtzeitig seine süd- deutschen Bundesgenossen wissen, daß die Behauptung Luxemburgs speziell für Preußen eine geringere Bedeutung habe als für Deutsch- land im Ganzen, für seine nationale Entwicklung, für seine nation- ale Würde. Wenn man es nicht ernst mit der Sache zu neh- men gedenke, so möge man es nur sagen. Es hat damals im Süden an einigen für die Öffentlichkeit bestimmten patriotischen Aeußerungen nicht gefehlt. Was Baiern insbesondere betrifft, so glauben wir nicht zu irren, wenn wir sagen, daß damals in dem Münchener Kabinete die Ansicht festgesetzt wurde: durch das Schug- und Truppbündniß sei Baiern nicht einfach zur Heeresfolge ver-

pflichtet. Lasse es Preußen wegen Luxemburgs zum Kriege kom- men, so habe Baiern erst zu entscheiden, ob es den casus foederis für gegeben ansehe, und sich darnach für oder gegen die Theil- nahme an dem Krieg zu bestimmen. Ob dieser Auffassung in Berlin auch Ausdruck gegeben worden ist, namentlich bei Gelegen- heit der Tauffkirchenschen Mission, oder ob man sie in petto be- hielt, darüber ist es mir nicht gelungen, eine Aufklärung zu er- halten. Wie es sich nun mit dieser Auslegung des Schug- und Truppbündnisses verhält, ob die auswärtigen Mächte dieselbe ken- nen, ob die desfallsigen Auffassungen in Berlin und München über- einstimmen oder auseinandergehen — dies von kompetenter Stelle aufgeklärt zu sehen, hat offenbar ein weit über die Grenzen Bai- erns hinaus gehendes Interesse.

Ob das Schug- und Truppbündniß mit Baiern den norddeut- schen Bund im Kriegsfalle wirklich längs seiner südlichen Grenze deckt, darüber mag man aus dieser Enthüllung urtheilen. Freilich das Luxemburger Besatzungsrecht, kann Baiern einwerfen, war zweifelhafter Natur. Indes ein ganz sicherer Freund ist Baiern nicht, so lange es nicht durch stärkere Bande mit dem Nor- den verknüpft ist. Eine Note zu dem Artikel der „Allg. Ztg.“ fügt noch hinzu:

Man sagt, daß Graf Bismarck die Existenzberechtigung eines Staats wie Baiern ganz offen in Frage gestellt, als Graf Tauff- kirchen auf die Auftragen, ob Baiern, wenn jetzt der Krieg beginne, mit 80,000 Mann, ob es wenigstens mit 60,000 Mann, oder doch allermindestens mit 50,000 Mann sofort ausrücken könne, auch das Letztere verneint habe. Man sei noch nicht so weit fertig.

Nach ziemlich zuverlässigen Nachrichten, sagt die „Nat.-Ztg.“, konnte damals von einer Schlagfertigkeit Baierns überhaupt gar nicht die Rede sein, da eben die Infanterie-Gewehre in der Um- wandlung begriffen waren. Auch seither ist in den militärischen Dingen nicht einmal so viel geschehen, wie in Württemberg. Hier- aus ist der Grad von Berechtigung zu entnehmen, mit welchem die „Großdeutschen“ Baierns heute Preußen wegen der Verzichtleistung auf Luxemburg anklagen.

Dem Vernehmen nach hat der König die im norddeutschen Reichstage berathenen Gesetze wegen der Salzsteuer und der Pässe vollzogen.

Gestern Mittag fand eine Sitzung des Bundesrathes des norddeutschen Bundes unter Vorsitz des Bundeskanzlers statt. Letz- terer theilte mit, daß der Schiffsfahrtsvertrag mit Italien in Florenz unterzeichnet worden ist. Auf das Referat des Ministerial-Direk- tors Weinlig für den V. Ausschuß wurde mit den von letzterem vorgeschlagenen Aenderungen das Gesetz über das Post-Tarwesen angenommen. Der Senator Gildemeister berichtete Namens des I., II. und VII. Ausschusses über den Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf des norddeutschen Bundes zum Zwecke der Bundes-Kriegs-Marine und der Herstellung der Küstenverteidi- gung. Der Entwurf (Anleihe von zehn Millionen) wurde an- genommen. Eine Mittheilung des Präsidenten des Reichstages, mit welcher der Gesetzentwurf über die vertragmäßigen Zinsen übersandt wird, wird an den IV. und VI. Ausschuß überwiesen und zugleich ein daran geknüpfter Antrag des Bundes-Kommissars, die Gründe der in manchen Landestheilen bei vorhandener Hypotheken- noth der Grundbesitzer, die Errichtung von Hypothekenbanken und den Zustand der Hypotheken-Gesetzgebung in Erwägung zu ziehen. Auf eine weitere Mittheilung des Präsidenten Simson, betreffend den Staatshaushaltsetat, wurde dem letzteren in der vom Reichs- tage angenommenen Fassung die Zustimmung ertheilt. Ein von dem Ministerial-Direktor Günther eingebrachter Gesetzentwurf Preu- ßens über das Bundesschuldwesen ging an den siebenten Ausschuß. Der Präsident des Bundeskanzleramts beantragte, das Präsidium zum Abschluß eines Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrtsver- trages mit der Republik Liberia zu ermächtigen; wurde an den IV. Ausschuß verwiesen. Endlich wurden Petitionen erledigt.

Dem Gesetzentwurfe der Abgeordneten Graf Lehndorff und Genossen wird von Dr. Fühling und Schulze-Delitzsch nachstehen- der Vorschlag, betreffend „die Konzeptionirung der Grundkredit-An- stalten für den städtischen und ländlichen Grundbesitz“ entgegen- gestellt: §. 1. Innerhalb des Gebietes des norddeutschen Bun- des soll die Errichtung von Grundkredit-Anstalten mit den Rechten der juristischen Persönlichkeit und mit der Befugniß, behufs Ver- schaffung der zur Beleihung des Grundbesitzes erforderlichen Valuta, auf den Inhaber lautende Pfandbriefe (Hypothekenbriefe) stempel- frei auszugeben und solche Geschäfte zu betreiben, welche zur Ver- werthung dieser Briefe, sowie zur Befriedigung des Kreditbedürf- nisses der Grundbesitzer und zur Sicherung der Interessen der Hy- pothekengläubiger dienen, behufs gleichmäßiger Behandlung der Kon- zeptions-Ertheilung in allen Bundesstaaten nur von der Beachtung der in den folgenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen ab- hängig sein. §. 2. Die Grundkredit-Anstalten sind entweder a) als Genossenschaften (Hypotheken-Vereine) der Grundbesitzer unter Gesamthast der Mitglieder zum Zwecke der Befriedigung des eigenen Kreditbedürfnisses, oder b) als Hypotheken-Aktien-Banken mit einem baaren Garantiefonds zu begründen; auch ist c) die Vereinigung beider Systeme durch den Anschluß von Genossen- schaften an eine Hypotheken-Aktien-Bank gestattet. §. 3. Diese Grundkredit-Anstalten geben gegen die von ihnen gewährten hypo- thekarischen Darlehen verzinsliche Pfandbriefe aus, deren Gesamt- betrag die Summe der den Anstalten zustehenden Hypothekenfor- derungen und bei Hypotheken-Aktien-Banken überdem den zehnfachen Betrag des baar eingezahlten Garantie-Kapitals niemals überstei- gen darf. Bei den durch die Pfandbriefe zu realisirenden Dar- lehen sind die in §. 4. festgesetzten Beleihungsgrenzen einzuhalten. Die auszugebenden Pfandbriefe müssen von einem für jede Grund- kreditanstalt von der betreffenden Landesregierung zu bestellenden

Staats-Kommissarius, welcher auch das Aufsichtrecht des Staates in Bezug auf die Geschäftsführung nach Inhalt der Statuten und Befehlsvorschriften ausübt, mit der Bescheinigung versehen sein: „daß die Ausfertigung der Pfandbriefe nach den gesetzlichen Bestimmungen erfolgt und der Betrag derselben in Hypotheken-In- strumenten innerhalb der vorgeschriebenen Sicherheit vorhanden sei.“ Die Pfandbriefe sind Seitens des Inhabers niemals, Seitens der Anstalt nur zum Zwecke der statutenmäßig zu bewirkenden Einlö- sung kündbar; dieselben unterliegen der Amortisation von minde- stens 1/2 Prozent des emittirten Betrages. §. 4. Die Grund- kreditanstalten haben in einem besonderen Statute, welches bei den Banken den Bestimmungen des Deutschen Handelsgesetzbuches ent- spricht, vom Bundespräsidium zu bestätigen und im Bundes-Gesetz- blatt zu publiciren ist, folgende Punkte festzustellen: a) die nach §. 5 zu bemessenden Garantien, namentlich die Art der Bildung des Reservefonds; b) die Dotirungsausdehnung der Anstalt, ins- besondere bei Banken das Garantie-Kapital, welches nicht weniger als eine halbe Million Thaler betragen darf, während bei Genossen- schaften der Gesamtwert der Grundstücke, deren Besitzer in den Verband treten, nach den Reinertrags-Bestimmungen der folgenden Litt. f. wenigstens eine Million Thaler erreichen muß; c) daß ohne besondere Genehmigung des Bundes-Präsidiums nur zu zwei verschiedenen Zinsätzen Pfandbriefe emittirt werden können; d) in welchen Apoints die Pfandbriefe ausgefertigt werden; e) die No- dalitäten, unter welchen die Anstalt zur Kündigung der mittelst der Pfandbriefe gewährten Hypotheken-Darlehen dem Schuldner gegen- über berechtigt ist; f) haben Reinertrags-Bestimmungen für fiskalische Liegenschafts- und Gebäudesteuern statgefunden, so wird die Be- leihungsgrenze bei Liegenschaften auf den zwanzigfachen Betrag des jährlichen Reinertrages, bei Gebäuden auf den zehnfachen Betrag des jährlichen Nutzungswertes, mit der Maßgabe, daß dieser den halben Feuerlassenwert nicht übersteigen darf, festgesetzt; für den Fall, daß derartige Reinertrags-Bestimmungen nicht vorhanden sind, hat die betreffende Landesregierung, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundes-Präsidiums, zu bestimmen: nach welchen Grundstücken der Werth der zu beleihenden Grundstücke ermittelt und festgestellt werden soll und in welcher Höhe dieses Grundwertes Kredit ge- währt werden kann; ebenso ist zu verfahren, wenn Abweichungen von derartigen Reinertrags-Bestimmungen wegen lokaler Verhältnisse von einzelnen Anstalten bei der Taxe beansprucht werden; g) Pfand- briefe, welche bei Ausreichung der Darlehens-Valuta an die Hypo- thekenschuldner zum Nominalwerthe statt baaren Geldes gegeben werden, dürfen zu keinem geringeren Zinssatze ausgefertigt sein, als welchen der Schuldner, abgesehen von Amortisations- und Verwal- tungskosten-Beiträgen, an die Anstalt zu entrichten hat; h) Schuld- nern, welche bei dem Darlehens-Empfange die Pfandbriefe zum Nominalwerthe in Zahlung erhalten, ist das Recht zur Rück- zahlung des Darlehens in gleicher Art ausdrücklich vorzubehal- ten; i) die Stellung des Staats-Kommissarius ist die eines nur der Landesregierung verantwortlichen öffentlichen Beamten, dessen von den betreffenden Anstalten an die Staatskasse zu erstattende Gebühren für seine Funktionen von der Landesregierung festgesetzt und ausgezahlt werden; k) die Beleihung von Berg- werks-Eigenthum ist unbedingt ausgeschlossen; l) die Grund-Kre- dit-Anstalten dürfen ihre flüssigen Kapitalien nur nach den Grund- sätzen der königlich preussischen Bank durch Kauf und Beleihung von Wechseln, Erwerb und Beleihung von Wertpapieren und Rohprodukten verwerten. §. 5. Als Sicherheit für die von den Grund-Kreditanstalten emittirten Pfandbriefe dienen: a) die ins- gesamt vorhandenen Hypotheken-Forderungen; b) der Amortisa- tions-Fonds; c) der Reserve-Fonds, welcher auf mindestens 5 pCt. der gesammten Pfandbrieffschuld gebracht werden muß; d) bei Ge- nossenschaften die Gesamthast der Mitglieder, bei Hypotheken- Aktien-Banken das Aktien-Kapital und bei der Vereinigung beider Systeme die Gesamthast der Genossenschafts-Mitglieder und das Aktien-Kapital der betreffenden Hypotheken-Aktienbank.

Elbing, 14. Oktober. Am Donnerstag fand hier eine Versammlung der national-liberalen Partei statt, in welcher Herr v. Fordenbeck für Elbing vorschlug, daß die Vertrauensmänner der national-liberalen Partei beauftragt würden, die nöthigen Schritte zu einem Zusammenwirken mit der Fortschrittspartei zu thun, da zwischen beiden Parteien über die konkrete Aufgabe des bevorstehen- den Landtages, Reorganisation der Kreis- und Gemeinde-Ordnung, Reform der Städte-Ordnung und Hebung des Volkunterrichts, Uebereinstimmung herrsche.

Hamburg, 14. Oktober. (Post.) Heute wurde durch den Senat zum dritten Male der Versuch gemacht, den achtzehnten Kollegen mit Hilfe der Bürgerschaft zu forciren. Die Wahl kam wieder nicht zu Stande. 70 Mitglieder der Bürgerschaft weigerten sich, in der Wahlprüfung zu erscheinen. Anwesend waren nur die üblichen 60 Verwaltungsdeputirten und etwa 30 Abgeordnete. Die Versammlung war also beschlußunfähig. Der Senat hatte bereits die Wahl seiner Vertrauensmänner angezeigt und hatte der bürgerschaftlichen. Der Präses der Bürgerschaft schlug Verthagung auf eine halbe Stunde vor, in der Hoffnung, die Versammlung würde vielleicht noch vollzählig werden. Herr Dr. Winterhoff wollte gegen die Verthagung sprechen und den Schluß der Sitzung bean- tragen. Jetzt erhoben die Anhänger des Senats ein unheimliches Toben. „Herunter von der Tribüne!“ hieß es. Umsonst hat der Präses, Hr. Dr. Kunhard, den Redner anzuhören, das Geschrei wurde immer ärger. Herr Dr. Winterhoff, der sich ebenfalls er- wärmte, rief den Anwesenden zu: „Vertragen Sie sich nicht so pöbelhaft!“ Da nahm das Parlament die Physiognomie des „Genser Friedens-Kongresses“ an. — „Sie sind ein Flegel!“ schrie der Schwiegervater des Senators Bersmann, Herr F. G. Stammen. (Rufe von der Gallerie: Bismarck) zu Hilfe!) Dr.

Winterhoff antwortete mit einem im Tumult verhallenden Ausdruck, der sicher auch nicht „Mein Engel“ lautete. Der Präses rief die beiden Hauptkämpfbühnen zur Ordnung. Die Versammlung, an welche appellirt wurde, genehmigte in der heillosen Verwirrung den Ordnungsruf nicht. Der Präses erklärte, nicht weiter präsidiren zu können und verließ die Sitzung. Dr. Raubold, zweiter Vizepräsident, übernahm den Vorsitz, da der erste Vizepräsident, Halben, der selbst Senator werden will, nicht anwesend war. Der Lärm, das Hin- und Herschreiten ließ nicht nach. Immer näher kam man an den Entscheidungspunkt der Handgreiflichkeiten, als zum Glück vom Senat Antwort auf die Anzeige der Beschlussfähigkeit einlief: „Der Senat habe mit Bedauern vernommen, daß die Bürgerschaft wieder nicht vollständig sei und behalte sich das Weitere vor.“

Darmstadt, 15. Oktober, Abends. Der Prinz von Hessen und die Prinzessin Alice reisen heute Abend 9 Uhr mit einem Extrazug nach Antwerpen, woselbst sie morgen früh nach England einschiffen werden.

München, 15. Oktober, Nachmittags. Der Ausschuss der Abgeordnetenversammlung für die Zollvereinsverträge empfiehlt in seinem Gutachten einstimmig die Annahme derselben; gleichzeitig wird als unwürdigen bezeichnet, daß die einzuführende Tabaksteuer nur eine mäßige sei, und eine successive Minderung der Salzsteuer herbeigeführt werde.

Ausland.

Wien, 14. Oktober. Seitdem der Kaiser hier eingetroffen und eine Erklärung der Regierung in der Konfessionsangelegenheit jeden Tag zu erwarten ist, hat sich die Aufregung des Publikums bedeutend gelegt. Der Lärm der gegenseitigen Anklagen ist verhallt und ein ruhiges Urtheil ist wieder möglich geworden. Die Schreckensbilder eines Staatsstreiks, des Widerrufs der konstitutionellen Verfassungen und des Dualismus sind bereits erbläutet und der Reichsoberster, dessen Sturz die Parteien fürchteten oder mit Ungeduld erwarteten, kann für seine Vermittelung bereits auf eine leidenschaftlosere Stimmung des Publikums rechnen. Anklagen, wie die der bischöflichen Adresse, daß die Schulreformer Lehrer ohne Religion und Sittlichkeit haben wollten — Erwidierungen, wie die in der Gemeinderaths-Adresse, daß solche Anklagen „nur der verblendete Haß familienloser, in dem Ideentriebe des eigenen Ich erstarrter Männer zu erkennen vermag“, können in diesem Augenblick nicht mehr zünden. Allmählig ist man für das Eingeständniß, daß Oesterreich seinen Katholicismus nicht aufgeben könne, ohne sich selbst aufzugeben, wieder abgekühlt genug geworden. Dem andringenden Panславismus gegenüber kann Oesterreich seine katholische Position nicht preisgeben. Die neuesten Erfahrungen in Polen, wo Rußland seine Herrschaft erst auf dem Ruin der katholischen Kirche gesichert weiß, lehren deutlich, daß es eben nicht an der Zeit ist, das mit dem Staat vermachene kirchliche Bekenntniß zu mißachten. Der Panславismus steht mit seiner Aufrichtung des orientalischen Kirchen-Paniers nicht allein. Jetzt hat auf protestantischer Seite auch die anglikanische Kirche den Gedanken gefaßt, die Fahne des Pan-Anglikanismus zu erheben. Die Weltmächte bewaffnen sich für die großen Entscheidungskämpfe auch mit den Symbolen ihrer Kirchen; soll Oesterreich für die Zukunft ohne Symbol dastehen? Soll es seinen Zusammenhang mit den Kirchen derselben Bekenntnisses bis in das Innere Frankreichs hinein verlieren? Soll es auf den Einfluß, um den sich die Bekenntnisse Roms, Moskaus und Canterburys unter den Völkern der türkischen Halbinsel streiten, Verzicht leisten?

Paris, 14. Oktober. In Rom wird alle Morgen und alle Abende eine Anzahl Menschen eingesperrt. „Die Gefängnisse sind überfüllt und man weiß nicht mehr, wohin mit den Leuten, die man verhaftete; die persönliche Sicherheit hat aufgehört und die Bürger sind in den Händen jedes Denuncianten.“ So wird, laut einem Briefe des „Journal des Debats“, in Rom bis jetzt Ruhe gehalten. Das Antonelli'sche Rundschreiben und die sonstigen Drohungen der Klerikalen sind, nach Ansicht des „Journal des Debats“, darauf berechnet, der französischen Regierung Angst zu machen, eine andere Macht könnte statt ihrer interveniren und Rom besetzen.

Herr Nigra hat heute eine sehr lange Unterredung mit Herrn von Moustier gehabt. Herr von Moustier führt eine einschüchternde Sprache, und der „Etenbard“ von heute Abend dient den ministeriellen Einschüchterungen als Echo. Was man heute von der Absendung des Geschwaders sagt, ist falsch. Auffallender Weise wird von London aus die Peninsular and Continental Company in der Correspondence Havas denuncirt, sie habe sich bereit erklärt, Garibaldi zu seiner Flucht behütlich zu sein, und ein nach der Levante bestimmter Dampfer werde sich den 18. Nachts bei Algier einfinden, um den General aufzunehmen.

Am Ende dieses Monats wird die Industrie-Ausstellung in Paris geschlossen. Zur Deckung der Unkosten ist ein Kredit von 6 Millionen Franco seitens der Legislative bewilligt, 6 Mill. hat die Stadt Paris übernommen, 12 Millionen sind von Privatpersonen gezeichnet, um nöthigenfalls auch für das Defizit einzutreten. Der finanzielle Status bedarf, um durchsichtig zu werden, noch einige Zeit; jedoch soll er nicht ungünstig liegen.

London, 15. Oktober, Nachmittags. Die letzten durch die Dampfer „Hammonia“ und „City of Antwerp“ überbrachten Nachrichten aus Newyork reichen bis zum 5. d. M. In New-York wüthet das gelbe Fieber fort. Am 4. starben daselbst 75 Personen. — Die Berichte aus Mexiko gehen bis zum 10. v. M. An diesem Tage stand Viceadmiral Legethos noch in Unterhandlung wegen der Auslieferung der Leiche Maximilians. Santa-Anna wurde noch in Vera-Cruz gefangen gehalten.

Italien. Nachrichten zufolge, die der „Post“ brieflich aus Paris zugehen, ist es äußerst unwahrscheinlich, daß es in der römischen Frage zu einer Kollision zwischen Frankreich und Italien kommen werde. Allerdings hält Frankreich eifersüchtig darauf, daß Italien nicht einseitig einschreite. Seinerseits alibi vorzugehen, so lange es nicht von Italien dazu genöthigt wird, ist es aber völlig abgeneigt. Es wünscht weder Italien zu bekämpfen und sich auf lange hin zum Feinde zu machen, noch kann es bei der rücksichtslosen Konsequenz des regierenden Papstes die geringste Aussicht haben, in Rom — und brächte es alle möglichen Opfer dafür — erträgliche und dauernde Zustände zu begründen. Demnach liegt die Sache so, daß man die Insurgenten bis an die Thore Roms vorrücken lassen und dann dem Papst vorstellen wird, daß er entweder auf den Rest seiner Provinzen verzichtet, oder sich der Ge-

fahr aussetzen muß, die Hauptstadt dazu zu verlieren. Wählt er das Letztere, was bei dem Charakter Pius IX. nicht geradezu unmöglich ist, so muß er sich expatriiren und der ganze Kirchenstaat wird dann jedenfalls nach seinem Tode italienisch, wenn auch Frankreich, um die September-Konvention und mit ihr seine eigene Würde aufrecht zu erhalten, vorläufig auf einem Interimstitium, einer Art Regentenschaft, vertretender Municipalregierung, oder dergleichen bestehen sollte. Entscheidet der Papst sich dagegen im letzten Augenblicke dafür, mit Italien zu paktiren, so bleibt er wohl bis an sein Lebensende im Besitze der Hauptstadt, hat aber kein Mittel, zu verhindern, daß nach seinem Tode auch diese italienisch wird. Der betr. Korresp. glaubt, versichern zu können, daß die französische Politik im gegenwärtigen Augenblicke wesentlich von diesen Erwägungen beinflusst wird, und daß die martialischen Ankündigungen der „Patrie“ und „France“ mehr zur Erbauung französischer Leser, als zur Information der europäischen Diplomatie bestimmt sind.

Ueber den zweiten Entweichungsversuch und die dritte Inhaftirung des alten Garibaldi wird Folgendes erzählt: In dem Augenblicke, wo der General sich dem Postdampfer der Gesellschaft Rubattino näherte, um sich nach Livorno zu begeben, gab eines der vor der Insel kreuzenden Schiffe zweimal Feuer auf die Barke, die den General trug; das erste Mal nur mit Pulverladung, das zweite Mal jedoch mit Kugeln. Als der Ministerpräsident dies erfuhr, war er sehr entrüstet darüber, ließ sofort den Marineminister General Vesceio rufen und gab ihm auf, die Sache zu untersuchen, und wenn sie wirklich so gewesen, gegen den Kommandanten der „Sefia“ auf das Energischste vorzugehen. Nach dieser dritten Verhaftung ist Garibaldi der strengsten Isolirung unterworfen worden und Niemand darf an der Insel landen.

Petersburg. Der Tod des im Schlosse zu Tsarskoje-Selo durch Verbrennen ums Leben gekommenen Professors Tschwilow hat, laut „St. Petersb. Zg.“, Veranlassung zu einer strengen Untersuchung gegeben, die noch fortdauert. Man sagt, daß Grund vorhanden ist, bei dem Verbrennen des Genannten nicht ein zufälliges Zusammentreffen von Umständen, sondern einen vorsätzlichen Mord aus eigennütziger Absicht anzunehmen. Einer der nächsten Angehörigen des Vorstorbenen ist in dieser Angelegenheit verhaftet worden.

Vomern.

Stettin, 16. Oktober. Auf dem heute begonnenen Herbst-Jahrmärkte entwickelte sich, namentlich an den Verkaufsstellen der Schuhmacher, Böttcher und Tischler ein ziemlich reger Verkehr. Wesentlich trug dazu außer dem günstigen Wetter wohl der Umstand bei, daß der Haupttag des Marktes diesmal, was von jezt ab übriqens stets der Fall sein wird, mit einem gewöhnlichen Wochenmarkttag zusammenfiel, an dem schon an und für sich viele Landleute, die ihre Bedürfnisse zum größten Theil noch auf den Jahrmärkten kaufen und für die letztere auch nur noch einen realen Werth haben, in die Stadt kommen. Irgend erhebliche Marktdiebstähle sind bis heute Mittag unseres Wissens nicht zur Anzeige gekommen.

Der im heutigen Morgenblatte erwähnte Selbstmordversuch fand, wie wir nachträglich erfahren, nicht von einem Arbeiter auf dem Grabow, sondern von dem Schuhmacher Johann Konekko aus Stargard auf dem Bredower Kirchhofe statt. K. ist angeblich vorgestern Abend von Stargard in der ausdrücklichen Absicht hieher gekommen, sein Leben auf dem Bredower Kirchhofe, wo seine Frau und Kinder ruhen, durch Selbstmord zu enden. Daß diese Absicht nur zufällig vereitelt, K. sich aber unabsichtlich durch einen Schuß das Bein verletzete, ist bereits erwähnt. Er befindet sich jetzt im Züschower Krankenhaus.

Am 13. d. M. ist das von der Stettiner Aktien-Gesellschaft „Vulcan“ für Rechnung der Königl. Marine gebaute Schrauben-Dampfschiff „Aethen“ von der Militärbehörde abgenommen und eine Probefahrt damit veranstaltet worden.

Nach dem von Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung beigegebenen Plane sind für das Jahr 1868 und für die nächstfolgenden Jahre für unsere Provinz und die benachbarte Mark folgende neue Telegraphenlinien in Aussicht genommen: Polzin-Schleweil; Küstrin-Bärwalde; Lippechen-Verlinden.

Anklam, 15. Oktober. Bei einem Bau in der Burgstraße stürzte heute Vormittag ein Mauergerüst zusammen, und wurden zwei Maurergesellen erheblich beschädigt.

Stralsund, 15. Oktober. Heute Vormittag fand in der Aula der bliggen Realschule durch den Syndikus Erichson die feierliche Einführung des Herrn Dr. Ernst Brandt, als Direktors der Anstalt, sowie der Herren Calchow und Tramm als ordentlicher Lehrer an derselben statt. Die Feier wurde durch Gesang eingeleitet, worauf Herr Syndikus Erichson in einer längeren Rede einen Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung der Anstalt warf, sodann auf die Leistungen und die Bedeutung der Realschule hinwies und hierauf die genannten Herren in ihre neuen Ämter einführte. Herr Direktor Dr. Brandt wandte sich hierauf mit einer Ansprache an die Versammlung im Allgemeinen und die Zöglinge der Anstalt im Speziellen, namentlich die Zwecke und Bestrebungen der Realschule betonend, worauf die Feier durch Gesang beschlossen wurde.

Stadt-Theater.

Stettin, 16. Oktober. Vor mächtig besetztem Hause kamen gestern Schillers „Räuber“ zur Aufführung. Ohne Zweifel gehört das Stück zu denen, welche den Darstellern, gegenüber dem Publikum unserer Tage, schwere Aufgaben stellen. Denn die Unmittelbarkeit, mit der die Personen des Stückes die tiefsten Regungen und Erschütterungen der Seele zur Anschauung bringen, findet in den vorerwähnten, wir möchten sagen, geborenen realen Verhältnissen unserer Zeit kein entsprechendes Gegenbild mehr. Der Darstellung solcher Dramen fällt also die schwere Aufgabe zu, und erst aus der gewohnten Denktungs- und Empfindungsart herauszureißen, damit wir jene gewaltigen Regungen der Seele noch fühlen können. Dies aber wird wieder nur unter der Bedingung möglich sein, wenn die Künstler, die uns solche Empfindungen vorzuführen haben, sich dieselben auch völlig angeeignet haben, und bis zur Evidenz darthun, daß sie im Augenblicke der Darstellung eben so von ihnen durchdrungen sind, wie der Dichter, als er sie schuf. Und selbst, wenn diese Bedingung erfüllt ist, hängt der Erfolg wieder von unserer individuellen Empfänglichkeit ab. — Unter Berücksichtigung

dieser Schwierigkeiten haben wir Darstellung und Eindruck eines solchen Dramas zu prüfen. — Die geistige Darstellung hatte durch drei Akte mit den erwähnten Schwierigkeiten zu kämpfen, nur einzelne Scenen, einzelne Charaktere erhoben sich auf die Höhe künstlerischer Behandlung. Die letzten beiden Akte befriedigten durchaus. — Was die Aufführung im Einzelnen betrifft, so brachte Herr Göbel (Carl) alle Situationen des Räubers, in denen die ursprüngliche Gemüthsstiefe die Oberhand gewinnt, vortrefflich zur Geltung; die Energie dagegen, das Feuer in Blick und Wort, welches ja namentlich die Räuberscenen der ersten drei Akte durchglühen muß, und welches jenen Durchbruch der bessern Natur zur wirksamsten Folie dient, vermisten wir in diesen Akten durchaus. In den beiden letzten Akten, wo jenes Feuer edlen Zwecken dient, ließ die Darstellung des Künstlers nichts zu wünschen übrig. — Die übrigen Räuber waren meist stereotype Gestalten ohne jede individuelle Farbe. Nur müssen wir sofort Herrn Hamm (Spiegelberg) ausnehmen, der das Vorzüglichste leistete, was sich in dieser Rolle denken läßt, und der oben erwähnten Anforderung durchweg genügte. Auch der Schweizer des Herrn Berthier nahm im Laufe des Stückes allmählig eine bestimmte Färbung an und war schließlich ganz gelungen. In der schwierigen Rolle des Franz leistete Herr Richter sehr Bedeutendes, und mußte sich von der hier sehr nahe liegenden Uebertreibung meist glücklich fern zu halten. Graf Moor (Herr Fischbach) hätte wohl etwas lebendiger erscheinen können, besonders in den ersten Scenen. Durchaus vortrefflich waren die Leistungen von Fr. v. Kaler (Amalie), die in den Scenen mit Franz den imponirenden Adel der Seelegröße nicht minder zum Ausdruck brachte, wie in den übrigen die Liebe zu Carl und die kindliche Anhänglichkeit an den Grafen und die des Herrn Freytag, der das komische Element in der Rolle der Magistratsperson sehr glücklich hervorhob. Als besonders gelungen erwähnen wir aus den drei ersten Akten die Scene, in der der verkleidete Hermann die Todesbotschaft bringt, und die Scenen zwischen Franz und Amalie. Mehrere Darsteller wurden schließl. erst in den letzten beiden Akten, so zu sagen, warm in ihren Rollen, und trugen dann zum Gelingen des Ganzen wesentlich bei.

Bermischtes.

(Neues Gruben-Unglück.) Dem „Etenbard“ geht ein Telegramm aus Saint-Etienne vom 11. Oktober Abends zu, welches meldet, daß in den dortigen Kohlengruben ein großes Unglück vorgekommen ist, indem durch die Entzündung von sogenannten schlagenden Wettern ein Schacht verschüttet wurde, in welchem eben gearbeitet wurde. Man kannte noch nicht genau die Zahl der Verunglückten. Siebzehn Leichen wurden bereits hervorgeholt. Sieben Leute fehlen noch. Man giebt sich der Hoffnung hin, daß man sie noch lebend auffinden wird.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. Oktober. Witterung: Morgens Nebel, später schön. Temperatur + 6° R. Wind: SO.

An der Börse.
Weizen niedriger, loco per 2125 Pfd. gelber 95—106 $\frac{1}{2}$ bez. 83—85 $\frac{1}{2}$ bez. gelber October 105 $\frac{1}{2}$, 104 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Oktbr. Roggen 98 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 98 $\frac{1}{2}$ bez., 97 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.
Koggen flau und weichend, pr. 2000 Pfd. loco 70 $\frac{1}{2}$ —74 $\frac{1}{2}$ bez., Oktober 73 $\frac{1}{2}$, 72 $\frac{1}{2}$ bez., Oktober-November 71 $\frac{1}{2}$, 70 $\frac{1}{2}$ bez., November-Dezember 70, 69 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Frühjahr 69 $\frac{1}{2}$, 69 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.
Gerste loco per 1750 Pfd. Oberbruch 53 $\frac{1}{2}$, 54 $\frac{1}{2}$ bez., schlesische 54—55 $\frac{1}{2}$ bez., mährische 55—56 $\frac{1}{2}$ bez., schlesische 69—70 Pfd. Frühjahr 56 $\frac{1}{2}$ bez., 54 $\frac{1}{2}$ bez.
Hafer loco pr. 1300 Pfd. 34 $\frac{1}{2}$ —35 $\frac{1}{2}$ bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 35 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.
Kappfuchen pr. November 2 $\frac{1}{2}$ bez.
Petroleum loco 7 $\frac{1}{2}$ bez., November 7 $\frac{1}{2}$, 7 $\frac{1}{2}$, 7 $\frac{1}{2}$ bez.
Rüböl matter, loco 11 $\frac{1}{2}$ bez., Oktober 11 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., 11 $\frac{1}{2}$ bez., Oktober-November 11 $\frac{1}{2}$ bez., April-Mai 11 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., 11 $\frac{1}{2}$ bez.
Spiritus anfangs höher, schließt matter, loco ohne Faß 25 $\frac{1}{2}$, 26 $\frac{1}{2}$ bez., Kleinigkeiten vom Lager 26 $\frac{1}{2}$ bez., Oktober 24 $\frac{1}{2}$, 25, 24 $\frac{1}{2}$ bez., 24 $\frac{1}{2}$ bez., Oktober-November 20 $\frac{1}{2}$, 20 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 20 $\frac{1}{2}$, 11 $\frac{1}{2}$ bez.
Regulirungspreise: Weizen 105, Koggen 73, Rüböl 11 $\frac{1}{2}$, Spiritus 24 $\frac{1}{2}$.

Landmarkt.

Weizen 96—104 $\frac{1}{2}$ bez., Roggen 72—76 $\frac{1}{2}$ bez., Gerste 50—54 $\frac{1}{2}$ bez., Erbsen 66—72 $\frac{1}{2}$ bez. per 25 Schfl., Hafer 31—36 $\frac{1}{2}$ bez. per 26 Schfl., Stroh pr. Schoß 7—8 $\frac{1}{2}$ bez., Heu pr. Ctr. 15 bis 25 $\frac{1}{2}$ bez.
Breslau, 15. Oktober. Spiritus per 8000 Tralles 23 $\frac{1}{2}$. Weizen pr. Oktober 94. Roggen pr. Oktober 68 $\frac{1}{2}$, per Frühjahr 63. Rüböl pr. Oktober 11 $\frac{1}{2}$, per Frühjahr 11 $\frac{1}{2}$. Raps pr. Oktober 96 $\frac{1}{2}$. Zink unverändert.

Hamburg, 15. Oktober. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco Nachfrage wesentlich abgeschwächt, stärkerer Angebot, auf Termine 2 Thaler niedriger. Fr. Oktober 5400 Pfd. netto 183 Banlotsfr. Br., 182 $\frac{1}{2}$ G., pr. Oktober-November 180 Br., 179 Gd. Roggen pr. Oktober 5000 Pfd. Brutto 133 $\frac{1}{2}$ Br., 133 Gd., pr. Oktober-November 130 Br., 128 Gd. Hafer ruhig, bei beschränktem Geschäft. Spiritus ohne Kaufsuf, 33 $\frac{1}{2}$ bez. Rüböl ermattend, loco 24 $\frac{1}{2}$, per Oktober 24 $\frac{1}{2}$, per Mai 25 $\frac{1}{2}$. Kaffee ruhig. Zink fest. Petroleum flau. — Wetter schön.

Amsterdam, 15. Oktober. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine niedriger, per Oktober 292, per Mai 293. Raps per April 77.

Stettin, den 16. Oktober.

Hamburg	6 Tag.	151 bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	150 $\frac{1}{2}$ B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	—	Pom. Chaussee-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll.-Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24 $\frac{1}{2}$ bz	St. Strom-V.-A.	4	—
„	3 Mt.	6 23 $\frac{1}{2}$ B	Pr. National-V.-A.	4	113 B
Paris	10 Tag.	81 bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
„	2 Mt.	—	Pomerania	4	113 G
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	103 $\frac{1}{2}$ B
St. Petersburg	3 Wch.	92 $\frac{1}{2}$ G	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
„	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 $\frac{1}{2}$ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl. 5457	4 $\frac{1}{2}$	—	Mesch. Zuckorfabrik	4	—
„	5	—	Bredower	4	—
St.-Schl. d. Sch.	3 $\frac{1}{2}$	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdb.	3 $\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
„	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
Rontenb.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Germania	4	94 G
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	4	85 B
„	Prior.	4	St. Dampfmühl.	4	101 bz
„	4 $\frac{1}{2}$	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4 $\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
„	Prior.	4	St. Kraftdinger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4 $\frac{1}{2}$	96 B	Gemeinn. Bauges.	5	—